

Seetaler Wasser wird künftig knapper

SEETAL Das Forum Politik der Idee Seetal ging am Montag der Frage nach, ob es aufgrund des Klimawandels im Seetal künftig noch genügend Wasser gibt. Dabei stellte sich nicht nur die Frage nach der Quantität, sondern insbesondere der Qualität.

von **Reto Bieri**

Ausgetrocknete Seen und Flüsse, Felder, die bewässert werden müssen, schmelzende Gletscher, wärmster Winter seit Messbeginn: Die Fülle an Fotos und Zahlen, welche die drei Gäste am Montagabend auf der Leinwand präsentierten, führten die Klimaveränderungen eindrücklich vor Augen. «Der Klimawandel ist vom Menschen verursacht. Und es passiert nicht weit weg, sondern auch hier», sagte Regierungsrat Fabian Peter zu den 90 Besucherinnen und Besuchern. Der – trotz Coronavirus – grosse Publikumsaufmarsch zeigt, dass das Thema Wassermangel die Seetalerinnen und Seetaler beschäftigt. Das verwundert nicht, war doch die Region 2018 besonders von der Trockenheit betroffen.

«Verhaltensweisen überdenken»

Grund dafür ist der Klimawandel. Die Schweiz könne bezüglich Lösungen zum Vorbild werden, sagte Peter weiter. «Unser Land hat viel Know-how und kluge Köpfe. Diese können Wege aufzeigen und Lösungen präsentieren.» Der Regierungsrat setzt im Kampf gegen den Klimawandel auf den technologischen Fortschritt. «Wir müssen aber auch unsere Verhaltensweisen überdenken.» Fabian Peter sagte weiter, Luzern habe eines der fortschrittlichsten Energiegesetze. Wie der Bund bekenne sich der Kanton zudem beim CO₂-Ausstoss zu Netto-Null ab 2050. Ab diesem Zeitpunkt müssen die CO₂-Emissionen unter dem Strich bei null liegen.

Im Oktober hat der Regierungsrat gemäss Fabian Peter einen Planungs-



Mehr braun als grün: Eine Wiese in Traselingen im Hitzesommer 2018. Foto Archiv SB

bericht zur Luzerner Klima- und Energiepolitik in Auftrag gegeben. Mitte 2021 soll er vorliegen und in konkrete Massnahmen münden. Wichtig sei im Kampf gegen den Klimawandel ein koordiniertes Vorgehen mit Bund, Kantonen, Gemeinden und den regionalen Entwicklungsträgern. «Jeder



«Jeder kann einen Beitrag leisten.»

Fabian Peter Regierungsrat

kann persönlich einen Betrag leisten, dann schaffen wir das gemeinsam», appellierte Fabian Peter an die Zuhörerschaft.

Was geschieht, wenn die Schweiz Klimaschutzmassnahmen umsetzt oder eben nicht, zeigte anschliessend Petra Schmocker von der Abteilung Hydrologie beim Bundesamt für Umwelt auf. «Ohne Klimaschutz schmelzen bis

Ende des Jahrhunderts praktisch alle Gletscher weg, mit Klimaschutz sieht es etwas besser aus», skizzierte Schmocker mögliche Szenarien. Die Schweizer Gewässer seien im Vergleich zu 1960 um etwa ein bis zwei Grad wärmer geworden. Für Fische und andere Wasserlebewesen sei dies eine grosse Herausforderung. Zudem werde in Seen der Wasseraustausch tangiert, sprich es gelangt weniger Sauerstoff in tiefere Schichten. «Diese Problematik kennen Sie im Seetal ja. Der Klimawandel verschärft also bestehende Probleme», so Petra Schmocker. Höhere Temperaturen können dazu führen, dass Getreide und Kartoffeln bis zu 40 Prozent mehr Wasser benötigen, was zu einer Übernutzung des Grundwassers führen kann. «Unsere Daten zeigen, dass sich das Klima verändert. Die Schweizer Landwirtschaft wird sich anpassen müssen an höhere Temperaturen und vermehrte Trockenheit.»

Den Fokus aufs Seetal legte abschliessend Werner Göggel, Leiter der kantonalen Abteilung Boden und Gewässer. Auch er betonte, in den nächsten Jahren würden die Temperaturen steigen. Eine Umfrage bei den Luzerner

Gemeinden habe ergeben, dass im trockenen Sommer 2018 rund 30 Prozent der öffentlichen Wasserversorgungen von Wasserengpässen betroffen waren. Im Landwirtschaftsgebiet waren es sogar 60 Prozent. Grundsätzlich gebe es im Kanton Luzern zwar mehr als genug Wasser. Ausnahmen sind aber die Regi-



«Es besteht Handlungsbedarf.»

Werner Göggel Abteilungsleiter uwe

on Sursee-Mittelland – und das Seetal. «Diese beiden Regionen sind nicht mit Grund- und Quellwasser gesegnet», so Göggel. In Trockenperioden gebe es zu wenig Wasser. Zudem sei im Seetal die Vernetzung unter den Wasserversorgern ungenügend. «In 10 Gemeinden existieren 38 Wasserversorgungen. Das erschwert die Zusammenarbeit.» Göggel plädierte dafür, sich besser zu

vernetzen und die Wasserversorgung regional, noch besser überregional zu planen.

Doch nicht nur die Menge, sondern auch die Qualität des Wassers spiele künftig vermehrt eine Rolle. Zu hohe Nitrat-, Phosphat und Pflanzenschutzmittelwerte machen immer wieder Schlagzeilen. Besonders betroffen sei das Wasser in Ackerbaugebieten, so auch im Seetal. Das Problem: Gemäss Göggel bleiben diese Stoffe mancherorts Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte im Grundwasser, bis sie sich abgebaut haben. Hier bestehe Handlungsbedarf seitens der Landwirtschaft, Wasserfassungen müssten besser geschützt werden.

Im Baldeggersee habe sich die Situation seit den 1980er-Jahren zwar massiv verbessert. «Doch noch immer gelangt doppelt so viel Phosphor in den See, als er verträgt.» Das Phosphor stamme von landwirtschaftlichen Flächen und müsse reduziert werden, damit man die Belüftung mit Sauerstoff, die von den Steuerzahlern finanziert wird, dereinst abstellen kann. «Es ist ein klassischer Interessenkonflikt, eine Lösung finden wir nur gemeinsam», betonte Göggel.

Seewasser: Qualität entscheidend

Wäre allenfalls Seewasser die Lösung für die drohende Wasserknappheit? Auf diese Publikumsfrage antwortete Werner Göggel: «Dieses Thema wird in den nächsten Jahren definitiv aufs Tapet kommen.» Der Vierwaldstätter- sowie der Sempachersee werden bereits als Trinkwasserreservoir genutzt, Hallwiler- und Baldeggersee bislang noch nicht. Das könnte sich ändern. Wie diese Woche bekannt wurde, ist das Hochdorfer Trinkwasser belastet (siehe Artikel Seite 10). «Wichtig für Trinkwasser aus einem See ist, dass die Qualität stimmt», sagte Werner Göggel.

Die von ihm geforderte Zusammenarbeit unter den Seetaler Wasserversorgern wird übrigens an die Hand genommen, und zwar unter der Federführung der Idee Seetal. Gestern Mittwoch hat laut Geschäftsführer Roger Brunner die Kick-off-Veranstaltung stattgefunden.

Sitzen bald mehr Frauen in den Räten?

SEETAL Das Seetal hat kantonal den tiefsten Frauenanteil in den Gemeinderäten. Ob sich daran nach den Wahlen am 29. März etwas ändert, ist ungewiss.

von **Jonathan Furrer**

Von den sechs Luzerner Wahlkreisen ist Hochdorf bei der Zusammensetzung der Gemeinderäte derjenige mit dem tiefsten Frauenanteil. Liegt der kantonale Schnitt bei 32.7 Prozent, ist er in Wahlkreis Hochdorf bei 30.3. Diese Zahlen beruhen auf den Zahlen der Wahlen 2016, widerspiegeln demnach die aktuelle Zusammensetzung. Dabei war dies nicht immer so: Nach den Wahlen im Jahr 2008 betrug der weibliche Anteil in den Gemeinderäten im Wahlkreis Hochdorf 37.9 Prozent, der höchste im Kanton.

Immer wieder wird von den Parteien betont, dass man die Frauenquote erhöhen möchte. Doch nur schon das Zahlenmaterial, das zu den Gemeinderatswahlen verfügbar ist, ist eher spärlich. Claudia Huser Barmettler (GLP-Kantonsrätin Luzern) wollte dies im vergangenen Herbst ändern und hatte die Regierung in ihrem Postulat zum Frauenanteil in politischen Ämtern in Luzerner Gemeinden aufgefordert, Daten der kommunalen Wahlen regelmässig statistisch auf Parteistärken, Kandidierende nach Parteien und Geschlecht auszuwerten. Der Vorstoss war von Frauen aus allen Fraktionen unterzeichnet worden. Trotzdem beantragten alle drei bürgerlichen Fraktio-

nen die Ablehnung des Postulats. Dennoch wurde dieses am 10. September vom Parlament mit 52 zu 48 Stimmen gutgeheissen. Huser freute sich damals über den Erfolg und sagt, dass es Zahlen brauche, um vor Augen zu führen, was eigentlich alle schon wüssten: «Der Frauenanteil ist zu tief.» Die GLP-Politikerin, die sich beim Netzwerk «Frauen Politik Luzern» engagiert, erhofft sich eine Steigerung bei den kommunalen Parlamenten. «Da sind die Frauenanteile noch tiefer als im Kantonsrat.» Selber glaubt sie, durch ihr Engagement ein Vorbild für andere Frauen zu sein und diese so ebenfalls zu motivieren, bei einer Wahl anzutreten.

Die «männliche Politik»

Huser ist überzeugt, dass es für alle gut wäre, «wenn unsere Parlamente und Exekutiven unsere Gesellschaft angemessen repräsentieren, das heisst 50:50.» Denn: «Für das Agenda-Setting ist es nun mal menschlich, dass man das reinbringt, was einem persönlich betrifft. Wenn somit weniger Frauen Themen einbringen, haben diese auch weniger Gewicht.» Die Gründe für den immer noch geringen Frauenanteil in der Politik erklärt sich die 38-Jährige vielfältig: «weil Politik immer noch sehr männlich ist und sich Frauen oft weniger zutrauen.» Oft sei Politik nicht einfach mit der Familie vereinbar, ausserdem gebe es wenig weibliche Vorbilder.

Auch eine Frage des Ressorts

Monica Müller Nikolich ist Gemeinderätin in Ermensee und tritt nun nicht mehr an. Sie hat nicht das Gefühl, dass sie während ihrer Amtszeit Nachteile



Frauen kämpfen für mehr Mitbestimmung. Hier beim Frauenstreik in Luzern im vergangenen Juni. Foto pd

nur aufgrund ihres Geschlechtes hatte. Trotzdem sagt sie: «Als Frau muss man sich öffentlich stärker und differenzierter präsentieren.» Müller sieht aber ein Problem in der Ressortverteilung: «Die Wertung des Ressorts Soziales und Gesundheit steht hinten an. Die Finanzen, das Bauwesen, diese Ressorts werden mehr von Männern belegt, das Soziale öfters von Frauen.» Was sie aber auch schon erlebt habe: «Aufgrund meiner breiten und tiefen Dossierkenntnisse anderer Bereiche, beispielsweise bei Rückzonungen oder im Bauwesen, bekam ich auch schon positive Rückmeldungen.»

Dabei gibt es für Müller durchaus gute Gründe, wieso der Frauenanteil in der Politik steigen sollte: «Frauen

machen Politik, in der auch das «Herz» noch einen Platz hat.» Damit sich die Quote ändert, müssten die Frauen «sich öfters was zumuten und wagen, nicht im Hintergrund Kuchen backen. Selbstbewusst und selbstverständlich an- und auftreten.»

Abschreckende «Knochenarbeit»

Eine Ursache, wieso der Frauenanteil noch immer kantonal nur bei 32.7 Prozent liegt, sieht Müller bei der Entscheidung, welche junge Frauen treffen müssen: «Familie, Familie und Beruf oder Familie und ein öffentliches Amt.» Die Unregelmässigkeit der Arbeitszeit als Gemeinderätin könne für das Familienleben sowohl Vor- wie auch Nachteile haben.

Für Luzia Ineichen, abtretende Gemeinderätin aus Hitzkirch, liegen die Gründe für die tiefe weibliche Beteiligung in der Mehrfachbelastung: «Die Arbeit in der Politik, wenn man diese richtig ausführen will, ist Knochenarbeit.» Somit gebe es viele Frauen, die schon bei einer Anfrage genauer prüfen und somit aus familiären Gründen gar nicht erst für ein Amt zur Verfügung stehen.

Seit 15 Jahren politisiert Luzia Ineichen auf Gemeindeebene, dabei habe sie nie erlebt, dass ihr etwas nicht zugemutet wurde, nur weil sie eine Frau ist. Dennoch hat sie eine Beobachtung gemacht: «Die Frauen werden in den Verbänden eher für ein Protokollschreiben angefragt.»

19 Kandidatinnen

Die Anzahl Kantonsratskandidatinnen ist kantonal seit 1999 kontinuierlich gestiegen, von 442 auf 803. Dieser Trend lässt sich auf lokaler Ebene nicht feststellen. Für die kommenden Wahlen bewerben sich in den elf Seetaler Gemeinden (Altwis und Hitzkirch wählen wegen des Fusionsprojekts erst am 27. September) 19 Frauen.

Aktuell sitzen in den elf Gemeinden, welche in zwei Wochen wählen, 19 Frauen im Gemeinderat. In jeder Gemeinde bekleidet mindestens eine Frau ein Amt. Von ihnen gaben sieben den Rücktritt, acht Frauen kandidieren für die kommende Amtsperiode. Im besten Fall könnte der Wahlbezirk also um eine Frau zulegen. Theoretisch sogar um zwei. Dies, weil Ballwil bis zum heutigen Tag für seine fünf Sitze erst vier Kandidaten hat.